



**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

**Nein!**

# DIE WAFFEN NIEDER!

Für eine aktive  
Friedenspolitik

von Kathrin Vogler, MdB

Liebe Leserin  
lieber Leser,

vor 37 Jahren habe ich als Jugendliche die Grundsatzerklärung der Deutschen Friedensgesellschaft unterschrieben: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“

Deswegen bin ich froh, einer Bundestagsfraktion anzugehören, die keinem Militäreinsatz im Ausland zustimmt.

Wer für den Frieden eintritt, dem wird oft entgegengehalten, dass gegen Bürgerkriege und massenhafte Menschenrechtsverletzungen nur Militär helfen könne. Ich habe deshalb in dieser Broschüre einige Argumente für eine zivile und friedliche Außenpolitik zusammengestellt. Frieden und Gerechtigkeit sind die Werte, die mich antreiben. Sie sind untrennbar.

Berlin, im Juni 2016



*Katrin Vogler*

(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

(2) Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Grundgesetz , Artikel 26

„Der Friede ist der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr.“

Bundespräsident Gustav Heinemann (1899-1976)

„Ich halte es für ein Unheil, dass man die Völker glauben macht, der Frieden sei in erster Linie durch Waffen zu sichern.“

Horst-Eberhard Richter, Psychoanalytiker (1923-2011)

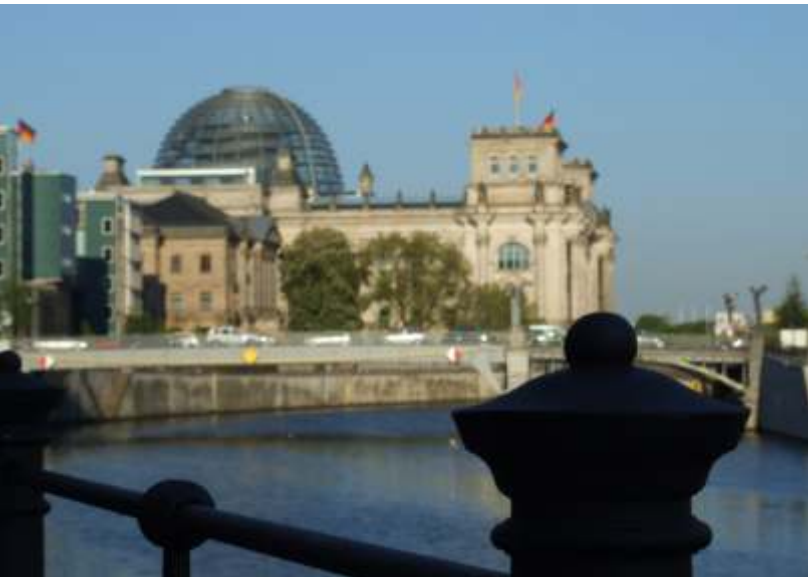
"Ich sage wie Willy Brandt: Krieg ist das Ultima Irratio. Wir brauchen keinen Krieg. Deutschland sollte der erste Kriegsdienstverweigerer dieser Welt werden, damit würde es Lehren aus der Geschichte ziehen.“

Gregor Gysi, DIE LINKE.

## Deutsche Außenpolitik auf dem Holzweg

Eine friedlichere Welt kommt nicht von alleine, aber ein wichtiger Schritt wäre schon gemacht, wenn die Bundesregierung wenigstens aufhören würde, in der Außenpolitik und Wirtschaftspolitik schwere Fehler zu machen.

Um die Wahrscheinlichkeit von Kriegen zu reduzieren, ist Abrüstung einer der ersten notwendigen Schritte. Abrüstung reduziert die Gefahr militärischer Drohpolitik, schafft Vertrauen und setzt Ressourcen frei für die Beseitigung von Konfliktursachen. Die Politik der Bundesregierung geht aber in die entgegengesetzte Richtung:



Seit Mitte der 2000er Jahre liegt der Verteidigungshaushalt wieder höher als am Ende des Ost-West-Konflikts, als die Bundeswehr fast die dreifache Zahl an Soldaten hatte. Jetzt wird sogar geplant, das Personal der Bundeswehr wieder aufzustocken. Beim Aufbau der NATO-Drohkulisse gegen Russland ist Deutschland vorne mit dabei und die nächsten Milliarden teuren Rüstungsprojekte sind schon vereinbart. Nicht einmal beim Abzug der US-Atomwaffen, die im rheinland-pfälzischen Büchel stationiert sind, kommt die Bundesregierung voran, im Gegenteil, sie sollen sogar weiter modernisiert werden.

Auch nach außen treibt die Bundesregierung die Aufrüstung voran. Immer wieder werden Rüstungsexporte an Diktaturen oder in Krisengebiete genehmigt, zum Beispiel nach Katar, Saudi-Arabien oder in die Türkei. Waffen wie das G36-Gewehr von Heckler & Koch werden inzwischen in vielen Ländern in Lizenz produziert - eine Weiterverbreitung kann nicht ausgeschlossen werden.

Oft werden diejenigen, die man einmal als "Partner" beliefert hat, dann doch irgendwann zum Gegner erklärt. So war es z. B. bei Saddam Hussein, der vom Westen erst gegen den Iran aufgerüstet wurde, oder auch bei Gaddafi, der in den letzten Jahren seiner Herrschaft zum geschätzten Partner der EU bei der „Flüchtlingsabwehr“ wurde.

## Waffenlieferungen sind Teil des Problems

Mit meinem Kollegen Jan van Aken habe ich die Bundesregierung gefragt, für welche Länder sie gleichzeitig Rüstungsexporte genehmigt und Maßnahmen der Krisenprävention bewilligt hat. Die Antwort darauf wurde uns mehrmals verweigert. Durch beharrliches Nachfragen kam dann aber doch Folgendes heraus: Die Bundesregierung hat in den letzten zehn Jahren Rüstungsexporte in 79 Länder genehmigt. In 56 dieser Länder hat sie gleichzeitig auch Maßnahmen der zivilen Konfliktbearbeitung finanziert (Bundestagsdrucksache 18/4626). In denselben Ländern!

Zum Beispiel Kolumbien: Im Jahr 2013 hat die Bundesregierung Rüstungsexporte nach Kolumbien im Wert von über 50 Millionen Euro bewilligt. Gleichzeitig hat das Auswärtige Amt Projekte zur Konfliktbearbeitung im Wert von 1,5 Millionen Euro gefördert, unter anderem für den Kampf gegen Korruption.



Soll etwa die Lieferung von Waffen an eine korrupte Regierung verantwortliche Außenpolitik sein? Zum Beispiel Indien und Pakistan: In beiden Ländern hat die Bundesregierung Maßnahmen der Konfliktbearbeitung ergriffen, zum Beispiel im Kaschmirkonflikt. Wegen des Streits um diese Region sind die beiden Länder seit Jahrzehnten verfeindet. Gleichzeitig sind im Jahr 2013 Waffenexporte für 107 Millionen Euro nach Indien und für 47 Millionen Euro nach Pakistan bewilligt worden.

Es handelte sich dabei meist sogar um ähnliche Waffensysteme, die der jeweils andere auch bekommen hat. Was soll das für eine Krisenprävention sein? Wie kann man zwei Länder aufrüsten, die miteinander im Dauerkonflikt stehen und die beide über Atomwaffen verfügen? Als LINKE sagen wir ganz klar: Rüstungsexporte gehören verboten!

## Es geht auch anders!

Ich streite für eine Außenpolitik, die in der Frage des Gewaltverzichts Vorbild für andere Staaten ist. Gregor Gysi hat einmal gesagt, 'die Bundesrepublik sollte der Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten sein'. Das wären wir unserer Geschichte schuldig.

Als der UN-Sicherheitsrat 2011 über den Einsatz der NATO in Libyen abgestimmt hat, enthielt sich der damalige Außenminister Guido Westerwelle, weil er bezweifelte, dass ein Militäreinsatz die Situation im Land verbessern würde. Für ihn

stand fest: „die Alternative zu einem Militäreinsatz ist nicht Tatenlosigkeit“. Westermächte hatten Recht, denn Krieg löst keine Konflikte, er verschärft sie und schafft neue. Man kann doch nach all den verheerenden Erfahrungen in den letzten Jahren (Somalia, Afghanistan, Irak) nicht erstaunt sein, dass es nach dem gewaltsamen Regimewechsel bis heute keine stabile Regierung in Libyen gibt, geschweige denn eine demokratisch gewählte und den Menschenrechten verpflichtete. Die strikte Einhaltung des Völkerrechts und Zurückhaltung beim Einsatz militärischer Mittel wären ein Beitrag zu einer friedlicheren Welt und Ausdruck politischer Verantwortung.

**Konfliktursachen erkennen und überwinden**





Eine engagierte Friedenspolitik muss sich der ungerechten, kannibalistischen Weltwirtschaftsordnung entgegenstellen, der Politik der Spaltung auf diesem Planeten, die Milliarden Menschen arm und sehr wenige Menschen dafür sehr reich macht. Wenn etwa im Südsudan die Viehzüchter und die Ackerbauern wie Kain und Abel um die letzten Wasserressourcen kämpfen, dann nützt ihnen auch keine noch so große Militärpräsenz. Diese Konflikte können sie nur beilegen, wenn es einerseits genug Wasser gibt und andererseits Streitbeilegungsmechanismen, die von allen Seiten akzeptiert werden. Seit 2005 ist die Bundeswehr an UN-Militärmissionen im Sudan und im Südsudan beteiligt. Und noch immer verheeren Bürgerkriege die beiden Länder. An den tatsächlichen Konfliktursachen hat sich nichts geändert. Und das hat direkt und indirekt auch mit uns zu tun. Denn der Norden und der Süden konkurrieren um das Öl, das im Süden gefördert und im Norden verarbeitet und verschifft wird. Gekauft und verbraucht wird es aber von den westlichen Industrieländern, die so den Klimawandel anheizen. Der wiederum lässt die Niederschlagsmengen in der Sahelzone schrumpfen. Die Dürre verschärft die Ressourcenkonflikte. Und die Allgegenwart von Waffen sorgt dafür, dass einfache Nachbarschaftskonflikte zu blutigen Fehden eskalieren können.

Diese Weltwirtschaft, die auf der Ausplünderung Asiens, Lateinamerikas und Afrikas basiert und eine eigenständige ökonomische Entwicklung der Länder des Südens verhindert, ist strukturelle Gewalt. Sie zu verändern, heißt auch an einer der wichtigsten Ursachen für gewalttätige Konflikte anzusetzen. Soldaten werden den Klimawandel jedenfalls nicht aufhalten.



Team der internationalen Nichtregierungsorganisation Nonviolent Peaceforce zum Schutz der Zivilbevölkerung im Südsudan

## **NRW: Krieg beginnt auch hier**

Die falsche Weichenstellung hin zu Kriegs- statt zu Friedenspolitik zeigt sich nicht nur auf der globalen und Bundesebene, sondern auch hier bei uns in NRW. Die Friedensbewegung und DIE LINKE machen immer wieder mit Aktionen vor Ort darauf aufmerksam, dass NRW mehr und mehr zum Ausgangspunkt der NATO-Aggressionspolitik insbesondere gegen Russland wird. So ist ausgerechnet in der "Friedensstadt" Münster das deutsch-niederländische Korps stationiert, das den Hauptteil der sogenannten NATO-Speerspitze Ost („Very High Readiness Task Force“) bildet. Innerhalb weniger Tage soll diese Eingreiftruppe in Einsatzbereitschaft gebracht werden können – als klare Drohkulisse gegen Russland. Am Niederrhein unterhalten Bundeswehr und NATO in Kalkar und Uedem zwei Luftwaffenstützpunkte, die den gesamten Luftraum Nordeuropas bis nach Russland überwachen. Von Kalkar und Uedem aus werden Eurofighter und AWACS-Aufklärungsflugzeuge und bald auch Kampfdrohnen gesteuert. Auf dem Truppenübungsplatz in der Senne werden Kampfeinsätze geübt; in der Tomburg-Kaserne in Rheinbach rüstet sich die Bundeswehr für den Cyberkrieg.

NRW ist auch ein wichtiger Standort der Rüstungsindustrie. Mit Rheinmetall und Thyssen-Krupp haben zwei der größten Rüstungshersteller Europas ihren Hauptsitz in NRW und exportieren von hier aus Tod und Vernichtung in alle Welt.

Und in der Urananreicherungsanlage in Gronau könnte waffenfähiges Uran für Atombomben hergestellt werden. Von hier stammt auch die Technologie der Urananreicherung für das iranische Atomprogramm.

## Friedenspotentiale stärken

Aber es gibt auch Friedenspotentiale in NRW. Gemeinsam mit der Friedensbewegung macht sich DIE LINKE in NRW stark für Abrüstung und Rüstungskonversion:

Ich unterstütze zum Beispiel die Forderung, dass die im Rahmen der Bundeswehrreform geschlossenen Militärstandorte den Kommunen zur Verfügung gestellt werden, damit sie als Wohnraum, für Sport-, Bildungs-, Kultur- oder Reha-Angebote genutzt werden können. Denkbar wäre auch die Ansiedlung von produzierendem Gewerbe, Dienstleistern oder die touristische Erschließung von Naturreservaten, zum Beispiel in einem Nationalpark Senne.



Das Schulministerium NRW gewährt der Bundeswehr einen bevorzugten Zugang zu Kindern und Jugendlichen in Schulen, damit sie dort für eine „Karriere“ beim Militär werben kann. Immer wieder sind Offiziere auch in Berufskollegs, in den Arbeitsagenturen, bei Jobmessen und auf den Straßen und Plätzen im Land aktiv, um Jugendliche, die auf der Suche nach einer beruflichen Perspektive sind, für eine Zukunft beim Militär zu gewinnen. Das Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“ ([www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de](http://www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de)) setzt sich aktiv für die Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen Schulministerium und Bundeswehr ein. Seine Mitgliedsorganisationen informieren Jugendliche darüber, warum Soldatsein kein „Job“ wie jeder andere ist. Und ein Arbeitskreis Friedensbildung sorgt dafür, dass die Propaganda der Jugendoffiziere nicht unwidersprochen bleibt. Studierende und Lehrende kämpfen für "Zivilklauseln", die militärische Forschung aus den Hochschulen verbannen sollen.

Der Zivile Friedensdienst wurde 1997 zuerst mit einem Pilotprojekt in Nordrhein-Westfalen gestartet, heute ist er ein anerkanntes Instrument der Bundesregierung zur Friedensförderung.

Und jedes Jahr erinnern die Ostermärsche in NRW uns an die Forderung nach einer Welt ohne Waffen und Kriege.

## Die Alternative: Zivile Konfliktbearbeitung

„Deutschlands Verantwortung in der Welt“ ist inzwischen ein geflügeltes Wort. Als Bundespräsident, Außenminister und Verteidigungsministerin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 gemeinsam dieses Schlagwort in die Welt setzten, verstanden Medien und Öffentlichkeit das zurecht als Ankündigung von noch mehr Militäreinsätzen. Warum versucht die herrschende Politik immer wieder, Militäreinsätze als Übernahme von „Verantwortung“ zu verkaufen? Wäre es nicht viel verantwortungsvoller, etwas dagegen zu tun, dass alle drei Sekunden ein Mensch auf dieser Welt verhungert oder alle fünf Sekunden ein Kind an einer vermeidbaren oder behandelbaren Erkrankung stirbt? Daran zeigt sich schon, dass die mediale Zuspitzung auf einen konkreten Konflikt, in dem angeblich nur noch der Einsatz militärischer Gewalt helfen soll, interessengetrieben ist.



Es muss immer wieder betont werden: Militäreinsätze erreichen ihre angeblichen Ziele nicht.

Wenn die Bilder von bedrohten Menschen in Kriegsgebieten, Massakern oder Menschenrechtsverletzungen über die Bildschirme flackern, erhebt sich meist schnell die Forderung nach militärischem Eingreifen. Doch mit dem Einsatz von Militär können keine Menschenrechte verteidigt werden, denn der Krieg ist selbst eine viel schlimmere Menschenrechtsverletzung als das, wogegen er angeblich eingesetzt werden soll. Das gilt erst recht, wenn die Verteidigungsmenschenrechte, wie so oft, nur vorgeschoben wird.

Das muss man sich bewusst machen, wenn wieder ein "moralisch dringend gebotener", zeitlich und ressourcenmäßig "eng begrenzter" und diesmal bestimmt "aussichtsreicher" Militäreinsatz diskutiert wird. Welcher Krieg der letzten Jahre war denn erfolgreich? Der völkerrechtswidrige Bundeswehreininsatz in Jugoslawien, der angeblich die Vertreibung der Kosovo-Albaner verhindern sollte und stattdessen ein Protektorat errichtet hat, aus dem die serbische Minderheit und die Roma vertrieben wurden? Der Afghanistan-Krieg, der dazu geführt hat, dass heute noch weniger Menschen dort Zugang zu Wasser, Elektrizität und Gesundheitsversorgung haben? Der Angriffskrieg gegen den Irak, der zur Folge hat, dass Da'esch, der sogenannte Islamische Staat, nicht nur im Irak, sondern auch in Syrien die Menschen terrorisiert?

Die verschiedenen Einsätze der Bundeswehr in Somalia zur Terror- und Piratenbekämpfung? Der Libyen-Krieg, an dem sich trotz der Enthaltung im Sicherheitsrat deutsche Soldaten in den NATO-Stäben beteiligt haben und der das Land in ein Schlachtfeld marodierender Banden verwandelt hat? Der Bundeswehreinsatz in Mali? Die Einsätze in Darfur und im Südsudan? Gibt es irgendwelche Hinweise dafür, dass die immer intensivere deutsche Beteiligung am Krieg in Syrien wenigstens zu stabileren Verhältnissen beitragen wird? Das Reservistenmagazin "loyal" berichtet im Juni 2016, dass die von Deutschland ausgebildeten und bewaffneten Peshmerga im Irak gefangene Gegner ermorden und sich bereits auf einen Bruderkrieg um die Herrschaft in den kurdischen Gebieten vorbereiten. Nach dem Krieg ist vor dem Krieg, wenn es nicht gelingt, die Gewaltspirale zu unterbrechen.

Der US-geführte "Krieg gegen den Terror" ist gescheitert. Er hat die Welt keineswegs sicherer gemacht, sondern vielfach unsicherer. Auch Kriegerunternehmen wie Da'esch, der selbsternannte "Islamische Staat", sind das Ergebnis einer Politik, die auf gewaltsame Zerschlagung und Zersplitterung der Staaten im Nahen und Mittleren Osten gesetzt hat.

Vielleicht wäre es besser, die Bundesregierung würde wirklich nur untätig zusehen, wie sie es der Friedensbewegung



vorwirft, anstatt mit immer neuen Bundeswehreinsätzen, mit Aufrüstung und Waffenlieferungen alle möglichen Konflikte auf der Welt noch zu verschärfen. Jedenfalls ist es sinnvoller nichts zu tun als das Falsche. Aber die Regeln der massenmedial vermittel-



ten Politik verlangen von den Verantwortlichen, schnell und „entschlossen“ zu reagieren, und weil es kaum andere Instrumente gibt, wird dann eben die Bundeswehr geschickt. Die wird ja immer einsatzbereit gehalten und schon hat man gezeigt, dass man das Ruder in der Hand hat. Und wenn die Medien das Interesse an dem Konflikt verloren haben, wandert die Aufmerksamkeit weiter zu einem anderen Schlachtfeld.

Friedensfreundinnen und Friedensfreunde brauchen sich nicht vor dem Argument zu fürchten, sie hätten ja auch keine Alternative. Wir werben nicht dafür, untätig zuzusehen, sondern dafür, Gewalt, Krieg und Bürgerkrieg durch eine aktive Friedenspolitik im Vorfeld zu verhindern. Wir wollen Menschen, die von Krieg und Gewalt betroffen sind, ohne Waffen wirksam helfen. Dafür setzen wir auf die vielfältigen Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung, die leider noch immer viel zu wenig bekannt und dramatisch unterfinanziert sind.

## Was bedeutet zivile Konfliktbearbeitung?

Zivile Konfliktbearbeitung umfasst Maßnahmen und Ansätze, die mit zivilen, das heißt mit nicht-militärischen Mitteln, Gewalt verhindern oder zu beenden. Das findet etwa statt, wenn Friedensverhandlungen vereinbart oder überwacht werden, wenn Kindersoldaten durch Verhandlungen befreit und zu ihren Familien zurückgebracht werden, oder wenn Journalisten lernen, wie man der Verbreitung von Hass und Angst durch eine ausgewogene Berichterstattung entgegen-treten kann. Das findet statt, wenn Kriegsverbrecher in rechtsstaatlichen Verfahren verurteilt werden und ihre Opfer Gerechtigkeit erfahren. Oder wenn Menschen aus verfeindeten Gruppen, die Angehörige durch Gewalt verloren haben, sich zu gemeinsamer Trauerarbeit begegnen.

## Ziviler Friedensdienst

Relativ gut bekannt ist der Zivile Friedensdienst (ZFD). Für DIE LINKE ist der ZFD ein Leuchtturmprojekt, das die Perspektive einer Welt ohne Kriege praktisch werden lässt. Der ZFD zeigt in seiner täglichen Arbeit in Konflikten, dass Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung wirksamer und nachhaltiger sind und ohne die verheerenden Zerstörungen von Menschenleben, Infrastruktur und Umwelt auskommen. Wie sieht das aus? Der ZFD entsendet ausgebildete Friedensfachkräfte (in aller Regel berufserfahrene Menschen, die eine

Zusatzausbildung als Friedensfachkraft absolviert haben) in Absprache mit lokalen Partnerorganisationen in Konfliktregionen. Dort wirken sie in der Gewaltprävention oder in der Friedenssicherung nach Konflikten mit. Die Methoden sind vielfältig: Begegnungen, Mediation, Unterstützung von lokalen Dialog- und Versöhnungsinitiativen, Menschenrechtsarbeit, Unterstützung von besonders von Gewalt betroffenen Gruppen. Der Zivile Friedensdienst ist ein staatlich gefördertes Programm. Er wird 2016 mit 42 Millionen Euro aus dem Entwicklungsministerium gefördert, peanuts im Vergleich zum Bundeswehretat. Gerade einmal 300 Fachkräfte können damit derzeit entsandt werden. Die Organisationen, die die Arbeit des ZFD tragen, könnten jährlich sehr viel mehr Projekte umsetzen. Deshalb fordert DIE LINKE eine deutliche Aufstockung auf 75 Millionen Euro, wovon 15 Millionen als Anschubfinanzierung für einen europäischen ZFD genutzt werden sollen.

 **Ziviler Friedensdienst**  
**Wir scheuen keine Konflikte.**

## Unbewaffneter Schutz von ZivilistInnen

Internationale Nichtregierungsorganisationen wie Peace Brigades International oder Nonviolent Peaceforce haben in den letzten Jahrzehnten die Konzepte der gewaltfreien Intervention in Gewaltkonflikten und des unbewaffneten Schutzes für ZivilistInnen entwickelt, erprobt und in einer Vielzahl von Fällen erfolgreich eingesetzt. In vielen Ländern der Welt, insbesondere in Konfliktgebieten, sind Menschen, die sich für Menschenrechte und sozialen Wandel einsetzen, von gewalttätigen Übergriffen durch Todesschwadronen oder andere militärische und paramilitärische Akteure bedroht. Die internationale NGO Peace Brigades International hat gezeigt, dass unbewaffnete ZivilistInnen allein durch ihre Präsenz und die damit verbundene internationale Öffentlichkeit in der Lage sind, diese Menschen zu schützen.

Nonviolent Peaceforce ist eine internationale NGO mit Mitgliedsorganisationen auf allen Kontinenten. Ihr Ziel ist es, mit einer großen Zahl von professionell ausgebildeten, unbewaffneten Friedensfachkräften aus der ganzen Welt in Konfliktsituationen einzugreifen und Gewalttätigkeiten zu reduzieren. In Partnerschaft mit den Menschen vor Ort wenden die Einsatzteams erprobte gewaltfreie Strategien an, um Menschenrechte zu schützen, Gewalt zu verhindern und ein Umfeld zu schaffen, in dem lokale Friedensstifter wirken können.

Die Arbeit von Nonviolent Peaceforce wirkt durch verschiedene Aktivitäten, die über schützende Begleitung und internationale Präsenz hinausgehen. Monitoring, also die systematische Überwachung der militärischen Lage, schafft Vertrauen und kann durch frühzeitige Reaktion auf potenzielle Gewalt weitere Eskalation verhindern. Ein sogenanntes Frühwarn- und Rapid-Response-System wird zum Beispiel von lokalen Komitees zur Überwachung von Waffenruhen erfolgreich angewendet. Als unparteiischer Akteur kann Nonviolent Peaceforce sichere Treffpunkte für dialogwillige Angehörige verfeindeter Gruppen und Verhandlungen zwischen Konfliktparteien oder Gewaltakteuren und Zivilbevölkerung bereitstellen. Teams von Nonviolent Peaceforce haben sich in Situationen, in denen die Gefahr bestand, dass ein Konflikt gewaltsam ausgetragen wird, zwischen die Konfliktparteien gestellt und damit Gewalt verhindert und Zeit und Raum für Deeskalation und friedliche Konfliktlösungsmöglichkeiten geschaffen. Als gewaltfrei agierende, unparteiische Gruppen können sie die Autoritäten der Konfliktparteien sowie Polizei- und Sicherheitskräfte nach vorbereiteten Gesprächen mit beiden Seiten ins Gespräch bringen.



## Mediation

Konflikte entstehen durch unterschiedliche Interessen. Wenn es an Möglichkeiten fehlt, diese Interessen in einen fairen Ausgleich zu bringen, dann wächst die Gefahr einer gewaltsamen Konfliktaustragung.

Mediation ist ein bewährtes Verfahren zur Aushandlung einer von allen akzeptierten Konfliktlösung. Die Mediation dient in diesem Prozess beiden Parteien als Vernunftinstanz. Sie schafft einen Rahmen, in dem die Konfliktparteien ihre Interessen offen legen und ausverhandeln können. Das funktioniert sowohl im persönlichen Bereich als auch im politischen. Im Gegensatz zu (Schieds-)Gerichten entscheiden Mediatorinnen und Mediatoren nicht selbst, sie sind unparteilich. Die Vereinten Nationen unterhalten eine Einsatzgruppe für Mediation. Innerhalb von Stunden bis wenigen Tagen entsendet sie erfahrene Fachkräfte in Konfliktregionen, wenn die Konfliktparteien darum bitten.

Diese Mediationsgruppe ist dramatisch unterfinanziert. Während es für UN-Militär- und Polizeieinsätze ein geregeltes Finanzierungssystem gibt, muss die Chefin dieser Abteilung um jede einzelne Stelle kämpfen. Hier könnte Deutschland durch eine langfristige Finanzierungszusage seiner Verantwortung für friedliche Konfliktbeilegung gerecht werden.

## Rechtsstaatlichkeit

Ein funktionierender Rechtsstaat ist ebenfalls ein Instrument der Konfliktbearbeitung und kann so Gewalt vorbeugen. Die Achtung der Menschenrechte, gleicher Zugang zu Gerichten und eine funktionierende Justiz sind in vielen Ländern keine Selbstverständlichkeit. Zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit gibt es sowohl staatliche als auch nicht-staatliche Maßnahmen.



Der Staat kann etwa Juristinnen entsenden, die dem Partnerland beim Aufbau einer Justizverwaltung oder bei der Erarbeitung einer allgemein anerkannten Verfassung helfen. NGOs können Menschenrechtsverteidiger unterstützen, die benachteiligten Bevölkerungsgruppen helfen, ihre Rechte wahrzunehmen und durchzusetzen.

## Do No Harm

In der Entwicklungszusammenarbeit gilt der Do-No-Harm-Ansatz. "Do no harm" heißt auf Deutsch: keinen Schaden zufügen. Dieses Konzept besagt, dass vor jeder Maßnahme in Krisenregionen zu prüfen ist, wie sich das jeweilige Projekt auf vorhandene Konflikte auswirken wird. Leider gilt das aber nur für Entwicklungsprojekte, nicht für Militäreinsätze oder Außenwirtschaftspolitik. So kann es dann passieren, dass etwa mit Hermes-Bürgschaften Wirtschaftsjekte in Entwicklungsländern gefördert werden, die der einheimischen Bevölkerung die Lebensgrundlage entziehen, die Menschen vertreiben und damit Verteilungskonflikte verursachen. Müsste die Regierung alle Maßnahmen im Ausland auf mögliche Konfliktverschärfungen prüfen, hätte vermutlich kein einziger Bundeswehreininsatz bestehen können.

Die Konzepte sind also vorhanden, der Bedarf ist groß, die Wirksamkeit erwiesen. Dennoch gibt es für die Finanzierung wirksamer Friedensarbeit enge Grenzen, während für das Militär immer gleich hunderte Millionen bereitstehen.

Wenn die Bundesregierung über zivile Krisenprävention spricht, dann mischt sie ohne Differenzierung zivile, polizeiliche und militärische Maßnahmen zusammen. Friedenspolitik muss aber auf Gewalt verzichten. Sie setzt auf die Konfliktbearbeitung mit zivilen Mitteln.



Zivile Mittel sind nicht-militärisch und nicht-polizeilich. Die Politik der Bundesregierung geht viel zu oft in eine andere Richtung: die Verzahnung von militärischen, friedens- und entwicklungspolitischen Instrumenten wird immer enger. Was hatten wir in den letzten Jahren nicht alles für Begriffe: zivilmilitärische Zusammenarbeit, vernetzte Sicherheit, comprehensive approach, vernetztes Handeln, ressortgemeinsamer Ansatz. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass die deutsche Sicherheitspolitik nicht an zu wenig Vernetzung und Zusammenarbeit gescheitert ist. Das oben schon angeführte deutsche Engagement in den verschiedenen Konflikten wäre auch nicht zu retten gewesen, wenn man sich besser oder früher abgestimmt hätte. Der Fehler war, dass man auf die militärische Karte gesetzt hat. Die Krisen dieser Welt lassen sich militärisch nicht bearbeiten, da sind humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Diplomatie gefragt, nicht die Bundeswehr.

### Neue Leitlinien "Krisenengagement"

Aktuell erarbeitet die Bundesregierung nicht nur ein neues Weißbuch für die Bundeswehr, sondern auch ein neues Grundlagendokument zum "Krisenengagement". Dieses soll den seit 2004 existierenden Aktionsplan "Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung" ersetzen. Was bisher über diese geplanten Leitlinien bekannt geworden ist, lässt bei mir die Alarmglocken laut schrillen.

Von ziviler Krisenprävention, also der frühzeitigen, nicht militärischen Vorbeugung von Gewalt, ist schon gar nicht mehr die Rede. Vielmehr soll es explizit um das vernetzte Handeln der Ministerien in "Krisen" gehen. Dazu sollen die verschiedenen Mittel, inklusive des Militärs, enger verwoben werden. Ausgangspunkt des Dokuments ist nicht etwa der grundgesetzliche Auftrag, "dem Frieden der Welt zu dienen", sondern deutsche Sicherheitsinteressen. Auch NGOs sollen in diese Strategie eingebunden werden.

Vielleicht kann ich hier noch aus der Arbeit des Unterausschusses „Zivile Krisenprävention“ und vernetzte Sicherheit berichten, in dem ich unsere Fraktion vertrete. Auch hier sind alle Fraktionen außer der LINKEN einig, dass das, was wir unter ziviler Konfliktbearbeitung verstehen, sich in eine vor allem militärgestützte Außenpolitik einfügen soll. Hier muss ich immer wieder darauf beharren, dass zivile Konfliktbearbeitung gerade nicht ergänzend zu Militäreinsätzen stattfinden soll. In öffentlichen Anhörungen, die der Unterausschuss immer wieder veranstaltet, ist es durch die Präsenz der LINKEN im Parlament möglich, z. B. Vertreterinnen und Vertreter von Friedensorganisationen, etwa Informationsstelle Militarisierung, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, Konsortium Ziviler Friedensdienst oder Persönlichkeiten wie den leider kürzlich verstorbenen Andreas Buro einzuladen.

## Von der Friedenstaube zum Falken?

Was bringt auch ehemals friedensbewegte Abgeordnete dazu, Militäreinsätzen zuzustimmen? In einem Papier für den Bund für Soziale Verteidigung bin ich der Frage nachgegangen, warum ehemals friedensbewegte Abgeordnete bei Militäreinsätzen „umkippen“ können. ([http://www.kathrinvogler.de/uploads/media/infoblatt\\_politische\\_fallen.pdf](http://www.kathrinvogler.de/uploads/media/infoblatt_politische_fallen.pdf)). Ich habe vier Fallen herausgearbeitet: Erstens setzen PolitikerInnen die Bundeswehr ein, weil es sie gibt („Verfügbarkeitsfalle“). Zweitens erscheint die Zustimmung zu Militäreinsätzen als leichtes Opfer auf dem Altar der Regierungsfähigkeit (Bündnisfalle“). Drittens glauben Abgeordnete umso eher an die Begründungen für Auslandseinsätze, je häufiger sie sie selbst gegen ihre ursprüngliche Überzeugung wiederholen („Glaubensfalle“). Und viertens verlässt sich die gesamte Fraktion oft auf die inhaltlichen Vorgaben der jeweiligen FachpolitikerInnen („Verlässlichkeitsfalle“). All das wirkt zusammen und kann dazu beitragen, dass auch PolitikerInnen, die als PazifistInnen gestartet sind, Militäreinsätzen zustimmen. Ich finde es wichtig, sich damit auseinanderzusetzen, weil das mehr Ansatzpunkte für Gegenstrategien bietet, als wenn man sich darauf zurückzieht, dass die „Umfaller“ einfach nur opportunistisch wären. Für mich habe ich daraus die Konsequenz gezogen, einerseits tragfähige und glaubwürdige Alternativkonzepte zu Militär und Krieg zu entwickeln und andererseits auf die Rückkopplung mit

außerparlamentarischen Bewegungen zu achten. Wenn die KollegInnen aus den anderen Fraktionen die beharrliche Ablehnung von Kriegseinsätzen als langweilig beschimpfen und eine „Weiterentwicklung“ unserer Positionen fordern (also die Zustimmung zu Kriegseinsätzen), dann bestärkt es mich in meiner pazifistischen Position, wenn ich auf Veranstaltungen und Aktionen der Friedensbewegung Zustimmung zu unseren konsequenten Positionen erhalte.

## „Dem Frieden der Welt dienen“ - Aktive Friedenspolitik statt vernetzter Sicherheit

Eine grundsätzliche Umgestaltung der deutschen Außenpolitik hin zu einer aktiven Friedenspolitik beinhaltet eine gerechte Wirtschafts- und Handelspolitik und die Vorbeugung von Gewalt durch eine konfliktsensible und solidarische internationale Politik . Das ist natürlich anstrengender als immer nur schnell nach der Bundeswehr zu rufen, wenn es wieder irgendwo „knallt“. Nachhaltige Friedenspolitik erfordert einen langen Atem, Friedensprozesse sind nicht in wenigen Monaten erfolgreich.

Eine aktive deutsche Friedenspolitik wird zusätzliche Maßnahmen erfordern, für die zusätzliche Mittel bereitgestellt werden müssen. Ziviles Handeln ist jedoch erheblich günstiger als militärisches, Prävention ist günstiger als Eingreifen in eskalierte Gewalt.

Die Forderung der NATO, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Militärausgaben bereitzustellen, ist dieser Bundesregierung erkennbar wichtiger als das von den Vereinten Nationen vorgegebene Ziel von 0,7 Prozent für Entwicklungszusammenarbeit. Die Mittelaufstockungen für das Außen- und Entwicklungsministerium erwecken so den Eindruck, dass sie die militärische Aufrüstung nur zivil flankieren sollen.

Deutschland braucht ein Gesamtkonzept für eine zivile, friedliche Außenpolitik, die sich von den Regeln des Völkerrechts, dem Prinzip des Gewaltverzichts und vom Gedanken des frühzeitigen, vorbeugenden Handelns leiten lässt. Dafür brauchen wir auch eine Umverteilung im Bundeshaushalt. Ein Beispiel: würde die Bundesregierung nur einen einzigen Eurofighter weniger kaufen, könnte sie mit dem eingesparten Geld die Mittel für den Zivilen Friedensdienst für fünf Jahre mehr als verdoppeln.

Nur DIE LINKE fordert eine Abrüstung der Bundeswehr und den Einsatz der eingesparten Mittel für humanitäre Hilfe und die Bekämpfung von Kriegsursachen. Nur DIE LINKE setzt sich im Bundestag für Abrüstung, Entspannung und Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen ein. Deswegen ist DIE LINKE unverzichtbar, um dem Widerstand gegen die Militarisierung der Außenpolitik auch im Bundestag eine Stimme zu geben.

## Links zum Weiterlesen und -denken

DFG-VK: [www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de)

Kooperation für den Frieden: [www.koop-frieden.de](http://www.koop-frieden.de)

Bund für Soziale Verteidigung: [www.soziale-verteidigung.de](http://www.soziale-verteidigung.de)

Aktion Aufschrei: [www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de)

Friedensratschlag: <http://www.friedensratschlag.de/>

Netzwerk Frieden: <http://www.friedenskooperative.de/>

Ziviler Friedensdienst: [www.ziviler-friedensdienst.org](http://www.ziviler-friedensdienst.org)

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung:

[www.konfliktbearbeitung.net](http://www.konfliktbearbeitung.net)

Atomwaffenfrei jetzt: <http://www.atomwaffenfrei.de/>

Nachdenkseiten: [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)

Unterausschuss Zivile Krisenprävention:

[www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a03/ua\\_zks](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a03/ua_zks)

DIE LINKE: [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

DIE LINKE im Bundestag: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

[www.kathrin-vogler.de](http://www.kathrin-vogler.de)

[twitter.com/voglerk](https://twitter.com/voglerk)

[facebook.de/kathrin.vogler](https://facebook.de/kathrin.vogler)

## **Impressum und Kontakt**

**Berliner Büro**

**Kathrin Vogler, MdB**

**Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

**Telefon: 030 - 227 72 112**

**Fax: 030 - 227 76 112**

**kathrin.vogler@bundestag.de**

**Wahlkreisbüro Emsdetten**

**Karlstr. 17, 48282 Emsdetten**

**Telefon: 0 25 72 - 9 60 77 60**

**Fax: 0 25 72 - 9 60 67 65**

**kathrin.vogler.wk@bundestag.de**

**BürgerInnen-Büro Paderborn**

**Ferdinandstr. 25, 33102 Paderborn**

**Telefon: 0 52 51 - 8 79 24 39**

**Fax: 0 52 51 - 2 97 87 44**

**BürgerInnen-Büro Hamm**

**Oststr. 48, 59065 Hamm**

**Mobil: 0152 317 19 756**

**kathrin.vogler.wk03@bundestag.de**

**Bildnachweis: sämtliche Bilder privat oder gemeinfrei**



[www.kathrin-vogler.de](http://www.kathrin-vogler.de)  
[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)